



**Rede des Ehrengastes Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung
Ehrengast der 471. Schaffermahlzeit am 13. Februar 2015 in Bremen**

Sehr geehrter Herr Böhrnsen,

sehr geehrter Herr Lürßen,

sehr geehrter Herr Dr. Neumann,

sehr geehrter Herr Dr. Meier,

sehr geehrter Herr Jürgens,

liebe Frau Ministerpräsidentin,

sehr geehrter Herr Bunnemann!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Meine Einladung, heute hier zu sprechen, ist nicht ohne Risiko für die Veranstalter.

Denn 1979 war bereits mein Vater als niedersächsischer Ministerpräsident hier zu Gast.

Das hat es zumindest in der neueren Geschichte der Schaffermahlzeit noch nicht gegeben, dass eine Familie gleich zweimal bei Ihnen reden darf. Ich fürchte, hier im unrepublikanischen Bremen, wird es sicher Fragen geben, ob das der Beginn eines Erbrechtes sei.

Leider ist es mir nicht gelungen, die Rede meines Vaters aufzutreiben. In Lokalzeitungen war damals aber zu lesen, dass seine Aussage, Bremen müsse sich nicht um eine mögliche Annexion durch Niedersachsen sorgen, mit großer Genugtuung aufgenommen wurde.

Aber mich verbindet noch weit mehr mit Bremen.

Sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits ist meine Familie auf das Engste mit der Freien Hansestadt Bremen und ihrer Kaufmannschaft verbunden.

Als Ur-Ur-Urenkelin von Ludwig Knoop liebe ich natürlich den Park, der hier seinen Namen trägt....

Ludwig Knoop war ein Kaufmann mit Aktivitäten weit ins Zarenreich hinein, und er hat den Bremer Wahlspruch „Buten und Binnen – Wagen und Winnen“, geradezu mustergültig gelebt.

Und auch spätere Generationen meiner Familie folgten dem Spruch und gingen in die Ferne.

So hat mein Urgroßvater Carl Albrecht, der mit Baumwolle handelte, immer wieder den amerikanischen Süden besucht. Er hat dort eine junge Dame aus dem fernen Charleston in South Carolina kennen gelernt - meine Urgroßmutter - und sie offensichtlich überzeugt, ihm ins norddeutsche Bremen zu folgen.

Doch so ganz wollte ihr Heimweh nie vergehen. Und so ließ er ihr eine Südstaatenhaus in Leuchtenburg erbauen, ich habe heute noch den Staudengarten mit der Sonnenuhr vor Augen. Mein Vater schließlich verbrachte seine Kindheit und Jugend in Bremen – Eine glückliche Kindheit

Er hat hier aber auch die Kriegsjahre erlebt. In der Contrescarpe. Das Grauen der Bremer Bombennächte prägte ihn zutiefst. Oft hat er erzählt, wie er seinen Vater den Arzt Carl Albrecht begleitet hat, wenn er versuchte, Menschen in den zerbombten Häusern zu behandeln. Es hat ihn sein Leben lang geprägt und seine tiefe Überzeugung begründet, dass ein friedliches Europa von unserem Handeln abhängt.

Meine Damen und Herren,

als Gastredner ist man gehalten, aus seinem Themenhorizont vorzutragen.

Als Verteidigungsministerin bin ich Vortragende in ernsten Dingen.

Ich spreche fast immer über:

- Krisen und Konflikte,
- Über den Einsatz von Soldatinnen und Soldaten.



Und doch:

Sicherheit, Verteidigung und unsere Bundeswehr – das geht jeden in unserem Land etwas an.

Denn ohne Sicherheit ist ein Leben in Frieden, Recht und Freiheit nicht möglich. Darum werde ich Ihnen heute etwas zur sicherheitspolitischen Lage und die Herausforderungen für uns sagen.

2014 war kein gutes Jahr für die internationale Friedensordnung. Wir haben die Annexion der Krim erlebt, die fortdauernde Krise und die Kämpfe um die Ost-Ukraine, dann der Vormarsch und das barbarische Wüten der Terrormiliz IS im Irak und in Syrien.

Diese Krisen sind sehr nah – und sie betreffen uns und unsere Verbündeten sehr direkt.

Am vergangenen Wochenende war ich auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Es waren drei Tage voller hochdramatischer Diskussionen und besorgter Analysen. Und es geht weit über die Konflikte zwischen Russland und der Ukraine oder den Irak und Syrien hinaus

- Da ist Westafrika, wo Boko Haram immer gefährlicher wird,
- Somalia, wo die Piraterie zwar zurückgedrängt, doch die islamistischen Gruppen noch nicht besiegt sind,
- Der Nahen und Mittleren Osten bis nach Afghanistan und Pakistan.

Und schließlich haben die jüngsten Anschläge von Paris und Brüssel gezeigt, dass der internationale Terror auch inmitten unserer Städte zuschlagen kann.

Das Pandämonium der Gefahren, - meine Damen und Herren - das ich Ihnen umrissen habe, scheint uns wohl bekannt. Doch wir erleben seit einigen Monaten eine neue Qualität von Bedrohungen. Ich spreche von der so genannten hybriden Kriegsführung.

Hybride Kriegsführung ist das, was Russland mustergültig in der Ukraine betreibt und in Teilen das, was IS im Irak und in Syrien vorexerziert. Hybrid, das heißt gebündelt oder vermischt, das ist die Kombination von verschiedenen Mitteln, um ein Land zu destabilisieren.

Wir haben es im Jahr 2014 gesehen:

- das Einsickern von Uniformierten ohne Hoheitsabzeichen mit Waffen und schwerem Gerät
- das Schüren sozialer Spannungen,
- das Zündeln am Zusammenleben verschiedener Ethnien,
- die Zusammenarbeit mit Strukturen Organisierter Kriminalität,
- die Verbreitung von Propaganda
- die Entwicklung des eigenen Narrativs, durch das Geschichte umgeschrieben werden soll

Hybride Kriegsführung ist prinzipiell nichts Neues in der bitteren Kriegsgeschichte. Immer schon haben Gegner versucht, innenpolitische Spannungen und Schwachstellen gezielt auszunutzen. Doch das Ausmaß und die Orchestrierung dieser Mittel durch den Kreml – das ist neu und es ist alarmierend.

Die Unterscheidungslinie zwischen Krieg und Frieden, die in Jahrzehnten mühevoller Aushandlung des Völkerrechts einvernehmlich gezogen wurde, droht zu verwischen.

Und auch das Vorgehen von ISIS zeigt die Muster eines hybriden Krieges,

- d.h. die Mischung aus Terrorangriffen und
- dem Einsatz von gepanzerten Verbänden wie bei einer regulären Armee
- und eine unglaublich zynische weltweite Medienkampagne über das Internet –
- sowie die Nutzung sozialer Medien zur Rekrutierung

Hybride Kriegsführung wird leider kein vorübergehendes Thema sein.

Die entscheidende Frage ist, wie wir darauf reagieren.

Es geht um die Frage, - wie wir im 21. Jahrhundert Konflikte lösen. Wir sind der festen Überzeugung, dass das der Raum zur Lösung von Konflikten der Verhandlungstisch ist und nicht die gewaltsame Landnahme.

Im Grunde ist die Ukraine-Krise ein Blick in eine Zukunft, die wir verhindern müssen.

Es darf nicht das Recht des Stärkeren gelten sondern es muss für alle die Stärke des Rechts bindend sein.

Uns ist nicht an einer Konfrontation mit Russland gelegen, sondern wir wollen ganz einfach den Respekt für gültige und gemeinsam beschlossene Regeln. Und deshalb antworten wir auf Aggression, Desinformation und Destabilisierung geschlossen im Bündnis.



In der vergangenen Woche haben wir beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister sehr konkrete Schritte vereinbart, mit denen wir das Reaktionstempo unseres Bündnisses stärken. Es geht zum einen um unsere Verteidigungsfähigkeit, flexibel, angemessen und defensiv. Und unsere östlichen Partner im Baltikum und in Polen wissen, dass das Bündnis unmissverständlich an ihrer Seite steht.

Es geht aber zum anderen auch um ein Zeichen der politischen Geschlossenheit. Wir wollen auf den unerklärten Krieg in der Ostukraine nicht mit militärischen Mitteln antworten, Aber wir lassen ihn auch nicht unbeantwortet. Die Verletzung der Integrität und der Souveränität der Ukraine ist inakzeptabel. Die Menschen in der Ukraine leiden bitter und zahlen einen hohen Preis. Deshalb ist unsere Antwort anders, aber spürbar und dem 21. Jahrhundert angemessen.

„It's the economy, stupid“ Mit diesem Satz gewann Bill Clinton 1992 die Präsidentschaftswahlen.

Präsident Putin hat in seiner ersten Amtszeit als Präsident Russland zweifelsohne Stabilität und Wohlstand gebracht. Er hat dies vor allem durch Alimentierung der Bevölkerung aus einem wachsenden Energieexport erreicht. Russlands Staatseinnahmen basieren zu über der Hälfte auf Einnahmen aus dem Öl- und Gashandel.

Versäumt wurde aber in diesen Jahren, eine Modernisierung und Diversifizierung der russischen Wirtschaft. Das hätte eine Öffnung erfordert.

- Innovationen vorantreiben,
- die Jugend weltweit in einen Austausch zu bringen
- Freiheit der Wissenschaft,
- klare rechtliche Regelungen,
- der Kampf gegen die Korruption

Dazu bedarf es aber einer offenen Gesellschaft!

Aber diese Öffnung ist eher unterdrückt als gefördert worden.

Jetzt, in Zeiten eines extrem niedrigen Ölpreises, rächt sich das. Die Sanktionen wirken. Die Staatseinnahmen brechen weg, die Kapitalflucht aus dem Land ist gewaltig – auch wegen der Rechtsunsicherheit.

Wir sollten aber auch wissen: Wir brauchen einen langen Atem und müssen beharrlich darauf hinarbeiten, dass eine Lösung für die notleidenden Menschen in der Ostukraine gefunden wird. Aber auch, dass der einfache, berechtigte Wunsch der Ukraine Ukrainer respektiert wird, selber zu entscheiden, wie sie leben will und mit wem sie Handel und Wandel treiben will.

Schwieriger werden die Antworten auf Propaganda, Desinformationskampagnen und die Manipulation der öffentlichen Meinung. Dabei geht unser Blick auch auf ISIS und die Anschläge von Paris und Brüssel.

Die Brutalität des IS und die Anschläge von Paris richten sich vor allem gegen Eines: Gegen die große Errungenschaft der Freiheit:

- die Freiheit seine Meinung zu äußern,
- die Freiheit seine Religion zu leben,
- sie zu wechseln
- oder an gar nichts zu glauben.

Diese Freiheiten verteidigen wir aber nur, wenn wir weiter so offen und tolerant leben, handeln, schreiben und reden.

Mich hat die Rede der jordanischen Königin im Dezember letzten Jahres tief beeindruckt. In ihr hat sie sich mit klaren Worten an die arabischen Staaten gewandt und sie zum Handeln aufgefordert. ISIS kidnappte ihre islamische Identität, warnte die jordanische Königin.

Und: „*Unser Schweigen ist das größte Geschenk, was wir ISIS machen können.*“
Sie hat so Recht!!

Dieser Kampf um Fakten und die Wahrheit hat auch eine globale Dimension. Unsere Stärke ist das, was Autokraten und Extremisten als unsere Schwäche ansehen: Unsere Vielfalt, unsere Debattenkultur, unsere Toleranz, unser Widerspruchsgestalt! Unsere Stärke ist die Vielfalt der medialen Angebote, die offene Aussprache in der Gesellschaft. In ihr wird jedes Argument geprüft und geschliffen, Behauptungen werden hinterfragt und Fakten sind allgemein zugänglich. Erst Meinungsvielfalt bildet Meinung und schafft Information.

Der Indendant der Deutschen Welle, Peter Limbourg, hat es auf den Punkt gebracht.

Er sagte, Deutschland sei eine „*Orientierungsmacht*“. *Berichte und Einschätzungen aus Deutschland treffen weltweit auf reges Interesse.* Das ist ein großes Kompliment für uns – aber auch ein Auftrag und eine Verantwortung. Im Grunde geht es um die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften, um Resilienz.



In der Wissenschaft wird unter diesem Stichwort etwa die Frage untersucht, warum einzelne Menschen oder ganze Bevölkerungsgruppen trotz schwerer Schicksalsschläge oder schwieriger sozialer Umstände ein erfolgreiches und glückliches Leben führen. Woraus schöpfen sie ihre Stärke? Und diese Frage lässt sich durchaus auf Staaten und Gesellschaften übertragen. Um resilient gegen den Terror und die hybriden Kriege zu sein, müssen wir in einem ersten Schritt ehrlich mit uns selbst sein.

Bundespräsident Joachim Gauck hat genau hier angesetzt, als er diese Woche sagte: „*Auch unser Land ist keineswegs geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit. Es kann sich nicht abschotten und einigeln, selbst wenn es das wollte.*“

Gleichgültigkeit ist für uns keine Option. Denn unsere Werte – Frieden und Freiheit, die Menschenrechte, sind universell – Im Kern geht es auch um die Bereitschaft, uns dafür aktiv einzusetzen.

Es ist unsere Aufgabe in der Politik, den Bürgerinnen und Bürgern klar zu vermitteln, dass unsere eigene Sicherheit und Resilienz hier in Deutschland auch mit unserem Engagement in der Welt zusammenhängt.

Wir werden gebraucht: Im Bündnis und von Partnern weltweit. Ebenso wie wir die Partner brauchen. Wir verlassen uns auf Bündnisse und Partner, die uns schützen – ebenso wie unsere Partner sich auf uns verlassen.

In diesem Jahr feiern wir 60 Jahre Bundeswehr und 60 Jahre deutsche NATO Mitgliedschaft.

Heute bilden wir die schnelle Speerspitze der Nato mit den Niederlanden und Norwegen. Wir stellen das Hauptquartier der Nato in Stettin mit Polen und Dänemark. Vor 70 Jahren waren wir Todfeinde. Heute unterstellen wir uns gegenseitig unsere Truppen.

Ich glaube, mit Blick auf die aktuellen Krisen wächst die Einsicht, dass Freiheit und Menschenrechte auch aktiv verteidigt werden müssen. Frieden stellt sich nicht immer von selbst ein. Frieden kann ein hartes Stück Arbeit sein. Frieden braucht den Einsatz aller Mittel staatlichen Handelns:

- Politik,
- Wirtschaft
- Entwicklungszusammenarbeit
- und militärische Verteidigungsfähigkeit.

Der Kampf gegen hybride Kriege und den Terror wird einerseits ganz real geführt. Aber Resilienz dagegen wird in unsere Gesellschaft in jeder Generation neu gegründet.

Sie wird dort verkümmern, wo wir zu viel schweigen, Da wo junge Menschen sich radikalisieren und der dumpfen Propaganda folgen.

Andrerseits wird Resilienz da gewonnen wo wir uns um eine breite Bildung der jungen Generation kümmern, ihre Kritikfähigkeit, ihren Widerspruch und ihre Perspektiven entwickeln. Das ist anstrengend, aber es ist so lohnend. Das ist es in diesen Tagen, was uns wieder in Europa herausfordert: dass wir uns nicht auf das konzentrieren, was uns trennt, sondern auf das, was uns eint.

Wie heißt es so schön? „*Wenn Du Dich nicht um mich kümmerst, dann verlasse ich Dich. Deine Demokratie.*“ Und wie hat es die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung so klug ausgedrückt? „*Wir sollten unsere Gesellschaft wachrütteln für dieses Lebensprinzip der Demokratie: für das Mitreden, Mitentscheiden, Hilfeleisten und dafür, Verantwortung zu übernehmen.*“ Unsere demokratischen Werte sind eine große Errungenschaft.

Wir sollten bereit sein, für sie aufzustehen.